

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Führer. 1933-1936 1934**

261 (22.9.1934) Badischer Staatsanzeiger

# Badischer Staatsanzeiger

Folge 155

22. September 1934



## Amtlicher Teil

### Der Erntedanktag in Baden

Zum zweiten Male begeht das gesamte nationalsozialistische Deutschland in diesem Jahre, am 30. September, das Erntedankfest gemeinsam mit dem Bauernstand. Nach dem bodenverwurzelten Charakter dieses Festes ist es selbstverständlich, daß der Hauptakt auf dem Land sein muß, weshalb auch das große Reichs-Erntedankfest wiederum auf dem Büchelberg bei Hameln stattfindet. Die von der Landesstelle Baden des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda mit der Organisation des Festes in den Kreisen beauftragten Kreispropagandaleiter legen im Einvernehmen mit den Kreisbauernführern fest, welchen Orten in diesem Jahr die Ehre zuteil wird, die Kreis-Erntedankfeste zu beherbergen. In den Städten wird vormittags 11 Uhr eine eindrucksvolle Morgenfeier mit Ubergabe von Erntegaben stattfinden. Dann soll der Städte hinaus auf das Land zum Bauern ziehen und dort am Nachmittag teilnehmen am Festzug, den Volksspielen und der Uebertragung der Führerrede vom Büchelberg, die den Höhepunkt des Festaktes bilden wird. Darnach soll sich ein fröhliches Volkstreiben im dem Gedanken „Stadt und Land — Hand in Hand“ entwickeln. Abends wird in ganz Baden zum Erntedank geblasen werden.

Da das Erntedankfest ein allgemeiner deutscher Staatsfeiertag ist, sind alle Veranstaltungen, die sich nicht in seinen Rahmen einfügen, am 30. September verboten.

### Der Bestand an Kraftfahrzeugen in Baden

(Mitgeteilt vom Badischen Statistischen Landesamt)

Daß die Motorisierung des Straßenverkehrs dank der vertehrsfördernden Maßnahmen der nationalen Regierung auch in Baden erhebliche Fortschritte macht, geht deutlich aus der Ermittlung des Kraftfahrzeugbestandes hervor, die nach dem Stand vom 1. Juli dieses Jahres unter Mithilfe der Polizeibehörden vom Badischen Statistischen Landesamt durchgeführt wird. Die diesjährige Bestandaufnahme hat für Baden insgesamt 65 467 im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge ergeben. In dieser Zahl sind die vorübergehend abgemeldet sowie die der Reichsbahn und der Reichspolizei gehörenden Fahrzeuge nicht mit eingerechnet. Da der zum 1. Juli 1933 ermittelte Kraftfahrzeugbestand nur 57 049 betrug, so ergibt sich eine Zunahme von 8 418 oder von 14,8 v. H. Heute entfällt schon auf jeden 37. Einwohner (1933 auf jeden 42.) in Baden ein Kraftfahrzeug. Allerdings muß hierbei berücksichtigt werden, daß unter „Kraftfahrzeug“ nicht nur die Personenkraftwagen, sondern auch die Krafttrader einschließlich der Kleintrader, die Kraftomnibusse, die Lastkraftwagen, Zugmaschinen und Elektrokarren sowie die Spezialkraftwagen für Feuerlöschzwecke und Straßenreinigung zu verstehen sind.

Ueber die Hälfte aller Kraftfahrzeuge (50,9 Proz.) sind Krafttrader. Insgesamt sind in Baden nicht weniger als 33 338 Krafttrader festgestellt worden, wovon wiederum nahezu die Hälfte (16 460) als Kleintrader mit einem Hubraum von weniger als 200 ccm zu gelten haben. An zweiter Stelle stehen die Personenkraftwagen (einschließlich privater Kraftomnibusse), die mit 25 326 ein starkes Drittel (38,7 Proz.) des Gesamtbestandes ausmachen; auch hier überwiegen die leichteren Typen mit einem Hubraum bis 2500 ccm (20 256 oder vier Fünftel). Auf die Einwohnerzahl berechnet trifft hiernach auf jeden 95. Badener ein Personenkraftwagen, Lastkraftwagen wurden 5938 gezählt (einschließlich 153 Elektrokarren), wovon rund die Hälfte mit einem Eigengewicht bis zu 2 Tonnen von leichter Bauart war. Der Rest entfällt auf Zugmaschinen (707) und Kraftwagen zu Spezialzwecken (153).

Am stärksten haben im Vergleich zum Vorjahre die Personenkraftwagen an Zahl zugenommen: Von der Gesamtzunahme um 8 418 Fahrzeuge entfällt ziemlich genau die Hälfte, nämlich 4245, auf Personenkraftwagen, was einer Vermehrung um 20,1 v. H. entspricht. Es folgen die Krafttrader, deren Zahl sich um

8544 oder um 11,8 v. H. vergrößert hat. Bei den Lastkraftwagen beträgt das Mehr hingegen 499 oder 8,9 v. H.

Geht man auf die örtliche Verteilung der Kraftfahrzeuge näher ein, so zeigt sich, daß mehr als ein Drittel des badischen Kraftfahrzeugbestandes und zwar 23 248 Fahrzeuge in den 5 größten Städten unseres Landes zu finden sind, nämlich in Mannheim mit 8712, Karlsruhe mit 5845, Freiburg mit 3996, alsdann außer der Reihe Pforzheim mit 2508 und schließlich Heidelberg mit 2192 Kraftfahrzeugen. Während im Landesdurchschnitt erst auf 37 Einwohner ein Kraftfahrzeug entfällt, kommt in Freiburg schon auf jeden 25. Einwohner, in Karlsruhe auf jeden 27., in Mannheim und Pforzheim auf jeden 32. ein Kraftfahrzeug; nur Heidelberg bleibt mit 39 unter dem Landesdurchschnitt. Die stärkste Zunahme im Vergleich zum Bestand vom 1. Juli 1933 weist hierbei Pforzheim auf (+ 22,1 Proz.); es folgen Karlsruhe (+ 21,8 Proz.) und Mannheim (21,6 Proz.). Bedeutend ist ferner die Vermehrung in Paderborn (+ 31,4 Proz.).

Bei Betrachtung der einzelnen Amtsbezirke ergibt sich natürlich für die Bezirke mit Großstädten wie Mannheim (10 021 Fahrzeuge) und Karlsruhe (7 497) auch ein verhältnismäßig großer Bestand. Umgekehrt weisen kleine, dünnbesiedelte und verkehrsarme Landbezirke wie Pfullendorf (385), Oberkirch (401), Adelsheim (427), Wertheim (428) eine bescheidene Zahl von Kraftfahrzeugen auf. Berechnet auf die Einwohnerzahl der Bezirke ergibt sich aber ein wesentlich anderes Bild. So trifft im

Amtsbezirk Pfullendorf schon auf jeden 27. Bewohner (im Landesdurchschnitt 37) ein Kraftfahrzeug, im Bezirk Melsbühl sogar schon auf jeden 26. Einwohner. Die stärkste Zunahme im Kraftfahrzeugbestand gegenüber 1933 zeigen die Amtsbezirke Billingen (+ 24,1 Proz.), sowie Mosbach (+ 23,5 Proz.); es folgen Mannheim (+ 20,5 Proz.) und Pforzheim (+ 20,3 Proz.). Die geringste Vermehrung hat Waldkirch (+ 1,2 Proz.) aufzuweisen; der Amtsbezirk Buchen verzeichnet sogar eine wenn auch nur geringfügige Abnahme seines Bestandes um 0,5 Prozent.

Schließlich mag noch die Frage interessieren, in welchem Maße das Ausland an den verschiedenen Kraftfahrzeugmarken beteiligt ist. Selbstverständlich sind deutsche Fabrikate vorherrschend. Am meisten ist dies bei den Kraftträdern der Fall, bei denen das Ausland nur mit 6,5 Prozent beteiligt ist, ein Prozentjah, der allerdings im Vergleich zum Vorjahr mit damals nur 5,8 v. H. etwas gestiegen ist. Am stärksten sind die Auslandsmarken (abgesehen von den Zugmaschinen mit 19 v. H.) bei den Lastkraftwagen mit 18,7 v. H. vertreten. Die Personenkraftwagen stehen mit einem Auslandsanteil von 14 v. H. in der Mitte. Für das Jahr 1933 lauten die ausländischen Anteilszahlen bei den Personenkraftwagen 17,5 v. H. und bei den Lastkraftwagen 19,5 v. H.; sie sind 1934 hier wie dort erfreulicherweise etwas zurückgegangen und es sieht zu hoffen, daß deutsche Qualitätsarbeit auch auf diesem Gebiete allmählich immer mehr an Boden gewinnt.

### Propaganda des Badischen Staatstheaters

Einer Anregung des Herrn Reichsstatthalters folgend, wurde die Oberleitung der Propaganda für das Badische Staatstheater an einer zentralen Stelle vereinigt. Die Zentrale ist im Unterrichtsministerium gebildet worden, woselbst die Geschäfte im Rahmen eines bestehenden Referats mitbefordert werden.

### Amtliche Bekanntmachungen

Personalveränderungen aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus, des Unterrichts und der Justiz

Ernannt:  
Gerichtsvollzieher Albert Gatzmann in Pforzheim zum Justizsekretär beim Notariat daselbst, Justizaktuar Friedrich Mannshardt beim Amtsgericht Rehl zum Justizassistenten, Kanzlistin Klara Gdingler beim Amtsgericht Tauberbischofsheim zur Kanzlistassistentin, die Kanzlistassistenten Karl Kung beim Amtsgericht Bruchsal und Oskar Kottenmeier bei den Gefangenenanstalten in Bruchsal zum Kanzlistassistenten.

Verteilt:  
Assessor Albert Zucht beim Bezirksgefängnis in Heidelberg zu den Gefangenenanstalten in Bruchsal, übertritt in den Ruhestand Kraft Geleyses auf 1. Januar 1935.

Justizoberinspektor Robert Herr bei der Staatsanwaltschaft Freiburg, Gerichtsvollzieher Emil Scharbach beim Amtsgericht Freiburg.

Presselegally verantwortlich: F. Moraller, Karlsruhe.

## Polens Verzicht auf die Abstimmung

Keine Aussichten auf Erfolg des Minderheitenschutzantrages

\* Wien, 21. Sept. Freitag vormittag wurde in der Politischen Kommission die Aussprache über den polnischen Vorschlag auf Verallgemeinerung der Minderheitenschutzverträge von neuem eröffnet. Zuerst wandten sich je ein Vertreter Bulgariens und Australiens gegen die von Polen vorgeschlagene internationale Konferenz. Beide Redner erklärten, es sei nicht angängig, sich einseitig von einer Minderheitenschutzverpflichtung loszusagen.

Darauf ergriff für Großbritannien Großregierungsbewahrer Eden das Wort.

Es handele sich, so sagte er, bei der Frage der Schutzverträge, wie auch Irland seinerzeit festgehalten habe, um eine in jeder Hinsicht begrenzte Frage. Einige Staaten,

deren Gebiet außerordentlich vergrößert worden sei, hätten auch bestimmte Bürgerchaften auf sich nehmen müssen. Eden nannte zwei Hauptziele des geltenden Minderheitenschutzsystems:

1. Europa Ruhe zu verschaffen durch die Gleichberechtigung der Minderheiten und  
2. zu erreichen, daß Streitfragen, die aus der Zuteilung der Minderheiten zu einem Lande entstehen könnten, nicht zu Streitfragen zwischen den zwei benachbarten Ländern würden, sondern in einer unpersönlichen Weise durch eine neue internationale Organisation innerhalb des Völkerbundes gelöst würden.

Eden betonte dann nochmals, auch er halte das bestehende System nicht für vollkommen, Abänderungsvorschläge könnten durchaus geprüft

werden. Er wandte sich noch gegen den Vorschlag, eine internationale Konferenz mit dem Ziele einer Verallgemeinerung des Minderheitenschutzes einzuberufen. Dazu fehlten alle Voraussetzungen. Eine Konferenz dieser Art müßte mit einem völligen Fehlschlag enden. Zum Schluß betonte Eden dann nochmals, daß die Minderheitenschutzverträge geschaffen würden, um mit einer besonderen Frage in bestimmten Gebieten und, wie man hoffen möchte, für eine begrenzte Zeit, fertig zu werden. Dagegen könne man die Frage prüfen, ob diese Verträge, so wie sie seien, den beabsichtigten Zweck erfüllten.

Baron Aloisi wandte sich nur kurz gegen eine Ausdehnung der Minderheitenschutzverträge. Diese Frage habe sich historisch entwickelt und müsse auch so betrachtet werden. Die Lage in den verschiedenen Ländern sei völlig unterschiedlich.

Hierauf gab Mussolini für Frankreich eine Erklärung ab. Er behauptete, daß in seinem Lande die Minderheitenfrage nicht bestehe. Die Frage der Einberufung einer Konferenz zur Verallgemeinerung der Minderheitenschutzverträge könne vom praktischen Gesichtspunkt aus kaum ernstlich erörtert werden. Es müsse ein Wunder geschehen, wenn hier eine Einigung erzielt werden sollte.

Polens Vertreter Raszynski erklärte darauf, Polen halte seinen Standpunkt grundsätzlich durchaus aufrecht. Es habe hier bei einigen Staaten Unterstützung gefunden, bei anderen jedoch, und nicht den kleinsten, sei es auf Ablehnung gestoßen. Er habe die Gegenstände zum Teil schon widerlegt und es würde ihm nicht schwer fallen, die übrigen jetzt noch zu widerlegen. Er verzichte aber darauf, da Einstimmigkeit notwendig sei und keine Aussicht auf eine Entscheidung im Sinne des polnischen Antrages bestehe. Aus diesem Grunde werde Polen den Antrag nicht zur Abstimmung bringen.

Zu der Erklärung des polnischen Vertreters wird von polnischer Seite noch Folgendes gesagt:

Polen habe nur darauf verzichtet, vor dem politischen Ausschuss der Völkerbundversammlung und damit vor der Versammlung selbst diese Frage jetzt zur Entscheidung zu bringen, da eine Möglichkeit ihrer Verwirklichung angesichts der Widerstände, die sich bei einigen Staaten gezeigt hätten, nicht bestehe. Polen behalte sich aber vor, diese Frage, die ihre Aktualität behalten habe, im gegebenen Augenblick auf andere Weise weiter vorwärts zu treiben.

## Riesige Banknotenfälschungen aufgedeckt

Betrug mit falschen Tausendmarkscheinen

\* Berlin, 21. Sept. Am 14. 9. 34 wurden bei verschiedenen Postämtern des Deutschen Reiches Zahlarten in Höhe von 4. bis 5000 Mark aufgegeben. Die Geldbeträge wurden mit falschen Tausendmarkscheinen eingezahlt. Die Fälschung war so gut, daß die Fälschscheine von den Postanstalten als echt angenommen wurden. Die Täter verstanden es, die einzuzahlten Beträge am gleichen Tage von Postcheckkonten, die unter falschen Namen errichtet wurden, wieder abzuholen. Hierbei bedienten sie sich selbstverständlich der modernsten Verkehrsmittel wie Flugzeug, Kraftwagen, D-Büge, um die Auszahlungen in Empfang zu nehmen, bevor die Fälschung erkannt werden konnte. Dem Landeskriminalpolizeiamt (Zentralstelle zur Bekämpfung von Geldfälschungen) Berlin gelang es, in Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei Bochum auf die Spur der Täter zu kommen, die nach Chemnitz flüchteten. Den sofort einsetzenden umfangreichen Ermittlungen des Kriminalamtes in Chemnitz in enger Zusammenarbeit mit der Zentralstelle zur Bekämpfung von Geldfälschungen ist es zu verdanken, daß den Tätern ihr gefährliches Handwerk unterbunden wurde. Fast der gesamte Betrag, der durch die Ausgabe des Fälschgeldes erlangt wurde, insgesamt 80 000 Mark, konnten wieder herbeigeschafft werden.

Zu den großen Banknotenfälschungen teilt das Kriminalamt Chemnitz noch folgendes mit: Der Hersteller der falschen Scheine, ein Laferenz aus Chemnitz, hatte im Raßbergviertel einige abgelegene Räume gemietet, wo er die Fälschungsarbeiten in bisher noch nie dagewesenem Ausmaß betrieb. Bereits seit einiger Zeit hatte er begonnen, Zehnmarkscheine zu fälschen, ging dann zu 50-Markscheinen über und erlangte schließlich eine beachtliche Fertigkeit, daß es ihm gelang, 1000-Mark-Scheine herzustellen, die für den Laien den echten täuschend ähnlich waren. Seine Werkstatt war äußerst gut mit Geräten zur Fälschungsarbeiten versehen und mit selbst erfundenen Sicherheitseinrichtungen ausgestattet, die ihn vor unliebsamen Ueberraschungen bewahrten. Er ging so vorsichtig zu Werke, daß auch die Grundstücksbesitzer keinen Verdacht schöpfen. Die Herstellung erforderte neben einer außergewöhnlichen Geschicklichkeit auch einen großen Zeitaufwand, bis ihm die Fälschungen in so gutem Ausmaße gelangen. Durch die Festnahme dieses gefährlichen Fälschergeldherstellers dürfte eine wesentliche Verhütung im öffentlichen Zahlungsverkehr eingetreten sein.

„Der Führer“

Samstag, 22. Sept. 1934, Folge 261, Seite 3